

Die Anfrage im Wortlaut

### **G36-Sturmgewehre aus baden-württembergischer Produktion in Libyen**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung Medienberichte, wonach G36-Sturmgewehre eines baden-württembergischen Waffenherstellers von libyschen Rebellen in großer Zahl aus Waffenbeständen des Gaddafi-Regimes erbeutet wurden?
2. Welche Schritte wird die Landesregierung (z.B. gegenüber der Bundesregierung) unternehmen, um die Umstände offensichtlicher Lieferungen von G36-Gewehren nach Libyen schnellstmöglich aufzuklären?
3. Welche Voraussetzungen müssen für die Genehmigung von Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik an Länder wie Libyen vorliegen?
4. Gab es seit der Machtübernahme von Gaddafi genehmigte und/oder bekannt gewordene illegale Waffenlieferungen nach Libyen, wenn ja, in welchem Umfang?
5. Waren darunter Waffen aus baden-württembergischer Produktion?
6. Gab es sei der Aufhebung des EU-Embargos in 2004 Genehmigungen für Waffenlieferungen nach Libyen, wenn ja, für welche Waffen (nach Art und Anzahl)?
7. Waren darunter Waffen aus baden-württembergischer Produktion?
8. Gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen den G36-Gewehren und den Aufhalten von Polizisten aus Baden-Württemberg und anderen Bundesländern als sog. "Polizeiausbilder" in Libyen in den Jahren 2005 ff.?

Stuttgart, 01.09.2011

Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE

Begründung:

Medienberichten zufolge wurden Waffen des Typs G36-KVSturmgewehr aus baden-württembergischer Produktion von den aufständischen Truppen in Libyen aus dem Besitz Gaddafis in großer Anzahl erbeutet. In diesem Zusammenhang gibt es Augenzeugenberichte, dass diese Waffe bereits seit Sommer 2005 im Besitz des Regimes gewesen sei.